



Der Minister

Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2871

A11

6. Januar 2020

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 3843-1041

38. Sitzung des Verkehrsausschusses am 8. Januar 2020
Bericht der Landesregierung zu TOP 9 „Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Regionalisierungsmitteln“

Anlagen: Vorlage

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Anlage übersende ich zur o.g. Sitzung des Verkehrsausschusses
den Bericht zu TOP 9.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Wüst

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-939110
poststelle@vm.nrw.de
www.vm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel
vom Hauptbahnhof zur
Haltestelle Stadttor:
Straßenbahnlinie 709
Buslinie 732

Sitzung des Verkehrsausschusses am 08.01.2020

Bericht zu TOP „Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Regionalisierungsmitteln“

Der Berichtswunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzgl. der Verausgabung der für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vom Bund bereitgestellten Mittel bezieht sich auf einen Bericht des Bundesrechnungshofs von Oktober 2019 an den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags. Der Bericht des Bundesrechnungshofes umfasst den Zeitraum bis 2016. Der Bundesrechnungshof hatte mitgeteilt, dass die den Ländern zum Zweck der Finanzierung des ÖPNV bis 2016 zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel von manchen Ländern nicht vollständig abgerufen bzw. zu anderen Zwecken verwendet wurden. Nordrhein-Westfalen hat im Verantwortungsbereich der Vorgängerregierung bis zum 31. Dezember 2016 Ausgabereste in Höhe von insgesamt 626.711.554,18 Euro gebildet.

In 2017 sind weitere Ausgabereste i.H.v. 41.898.300,23 Euro und im Jahr 2018 in Höhe von 31.379.487,86 Euro entstanden. Zusammen mit den bis Ende 2016 durch die Vorgängerregierung gebildeten Ausgaberesten i.H.v. 626.711.554,18 Euro wurden zum 31. Dezember 2018 damit Reste von insgesamt 699.989.342,27 Euro gebildet. Die Summe der Ausgaben des Jahres 2019 liegt zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.

Erstattungen nicht verausgabter Regionalisierungsmittel gegenüber dem Bund erfolgen nicht. Diese können auch in den Folgejahren für Zwecke des ÖPNV verwendet werden.

Die Landesregierung hat zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und um den erforderlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele zu leisten, eine breit angelegte ÖPNV-Offensive mit einer Vielzahl von Projekten, die den ÖPNV überall im Land verbessern werden, initiiert.

Als Grundlage dieser ÖPNV-Offensive hat das Ministerium für Verkehr alle Bundes- und Landesmittel, die Nordrhein-Westfalen inkl. der bisherigen Ausgabenreste gesichert bis zum Jahr 2031 zur Verfügung stehen werden, den gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen des Landes gegenübergestellt. Die Mittel, die nach Abzug aller Festlegungen noch zur Verfügung stehen, werden im Zuge der ÖPNV-Offensive vollständig ausgeschöpft.

Zur Verwirklichung dieses Vorhabens hat das Ministerium für Verkehr in einem ersten Schritt die folgenden Projekte definiert:

1. Zur Stärkung des ÖPNV in suburbanen und ländlichen Regionen sollen weitere regionale Schnellbusverkehre etabliert werden. Dazu werden der Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR), der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR) bis 2032 insgesamt 100 Millionen Euro erhalten. Dazu wurde die SPNV-Pauschale nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW erhöht. Von diesen Mitteln erhält der NVR 30 Millionen Euro, der NWL 55 Millionen Euro und der VRR 15 Millionen Euro.
2. Bis 2031 sind insgesamt 1 Milliarde Euro eingeplant, um die kommunalen Stadt- und Straßenbahnnetze auf den heutigen Stand der Technik zu bringen. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung wurde am 8. Juli 2019 zwischen dem Ministerium für Verkehr und 15 Verkehrsunternehmen geschlossen.
3. Mit der LuFV III investieren Bund und Bahn in den kommenden Jahren Milliarden in die Erneuerung der Schieneninfrastruktur. Hinzu kommen Großprojekte wie der RRX oder die Betuwe. Baumaßnahmen führen zwangsläufig zu Engpässen auf den von den Bauarbeiten betroffenen Bahnstrecken. Damit das Netz gerade während der Bauzeiten robuster wird, investiert das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Bahn und den Aufgabenträgern insgesamt rund 180 Millionen Euro in das regionale Schienennetz. Das gemeinsam mit der Deutschen Bahn zusammengestellte Paket „Robustes Netz“ hat das Ziel, mit kleineren Maßnahmen das Schienennetz für einen robusten Betrieb zu ertüchtigen. Insgesamt 16 Projekte aus dem robusten Netz wurden nach der Entscheidung des Verkehrsausschusses vom 3. Juli 2019 in den ÖPNV-Bedarfsplan und den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan aufgenommen.
4. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der ÖPNV-Offensive ist die Reaktivierung von Bahnstrecken. So sind beispielsweise zur Ertüchtigung der Westfälischen Landeseisenbahn (WLE) 33 Millionen Euro und für die Teutoburger Wald-Eisenbahn (TWE) 23 Millionen Euro vorgesehen. Insgesamt stehen für Bau und Betrieb der beiden Strecken 140 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere Reaktivierungsprojekte werden im Rahmen Aufstellung des neuen ÖPNV-Bedarfsplans geprüft werden.
5. Eine Möglichkeit zur besseren Erschließung suburbaner oder ländlicher Regionen stellen sogenannte „On-demand“-Verkehre dar. Dabei handelt es sich um Angebote, die nur auf Anfrage der Fahrgäste operieren und die auch keiner festen Route oder Fahrtzeiten unterliegen. Die anfragenden Personen teilen sich dann unter Umständen ein Fahrzeug (sog. Poolingverkehr). So wird der Verkehr individueller und nachfrageorientierter. Umweltbelastende Leerfahrten können ggf. vermieden werden. Gerade zur Stärkung des ländlichen Raums sieht das Ministerium für Verkehr ein großes Potenzial in der Etablierung und dem Ausbau von „On-demand“-Angeboten. Ein erster Baustein ist der vom Ministerium für

Verkehr ausgerufene Landeswettbewerb „Mobil NRW – Modellvorhaben innovativer ÖPNV im ländlichen Raum“, in dessen Rahmen sich Kommunen, kommunale Zweckverbände und SPNV-Aufgabenträger bis Januar 2020 um Fördermittel bewerben können. Für das gesamte Vorhaben des Ausbaus von „on-demand“-Verkehren plant das Ministerium für Verkehr die Bereitstellung von 120 Millionen Euro bis zum Jahr 2031.